

Gut besuchte Podiumsdiskussion mit Bundespolitikern

Zahlreiche Betroffene aus Lohausen, Stockum, aber auch von Essen bis Kaarst waren in die Aula des Max-Planck-Gymnasiums gekommen, um bei der Podiumsdiskussion der Bürger gegen Fluglärm, des HBV Lohausen und der Siedlergemeinschaft Lohausen ihre Fragen beantwortet zu bekommen. Die stv. Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Bärbel Höhn, der parl. Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller (SPD) und der Landtagsvizepräsident Oliver Keymis (Grüne) nutzten im Unterschied zu den Parteien der CDU und FDP die Gelegenheit, sich über die Nöte und Ängste der Betroffenen zu informieren und Hinweise zu geben, wie die Bundespolitik helfen könnte.

Bärbel Höhn betonte, dass die Folgen des Luftverkehrs, also Lärm, Abgase und Klimaauswirkungen weit unterschätzt würden und forderte mehr Transparenz und Ehrlichkeit bzgl. dieser Belastungen, aber auch der vom Flughafen selbst erhobenen Messwerte und Lärmschutzzonenfestlegungen. **Michael Müller** erläuterte die seiner Auffassung nach unzweifelhaft vorhandenen Schwächen des neuen Fluglärmgesetzes. Er habe dem Umweltbundesamt den Auftrag erteilt, die Datengrundlagen für die Fluglärmberechnung am Flughafen Düsseldorf zu überprüfen. **Oliver Keymis** forderte ein nachhaltiges Luftverkehrskonzept des Bundes, aber auch des Landes NRW ein, da es nicht sein könne, dass „nach Frankfurt billiger geflogen als mit dem ICE gefahren wird“ und „dass sich die Flughäfen um den 40. täglichen Flug nach München streiten.“ Alle Teilnehmer kritisierten das Fernbleiben der Vertreter der CDU und FDP: „Auch wenn man gegenteiliger Meinung ist, muss man sich als Volksvertreter der Diskussion stellen.“

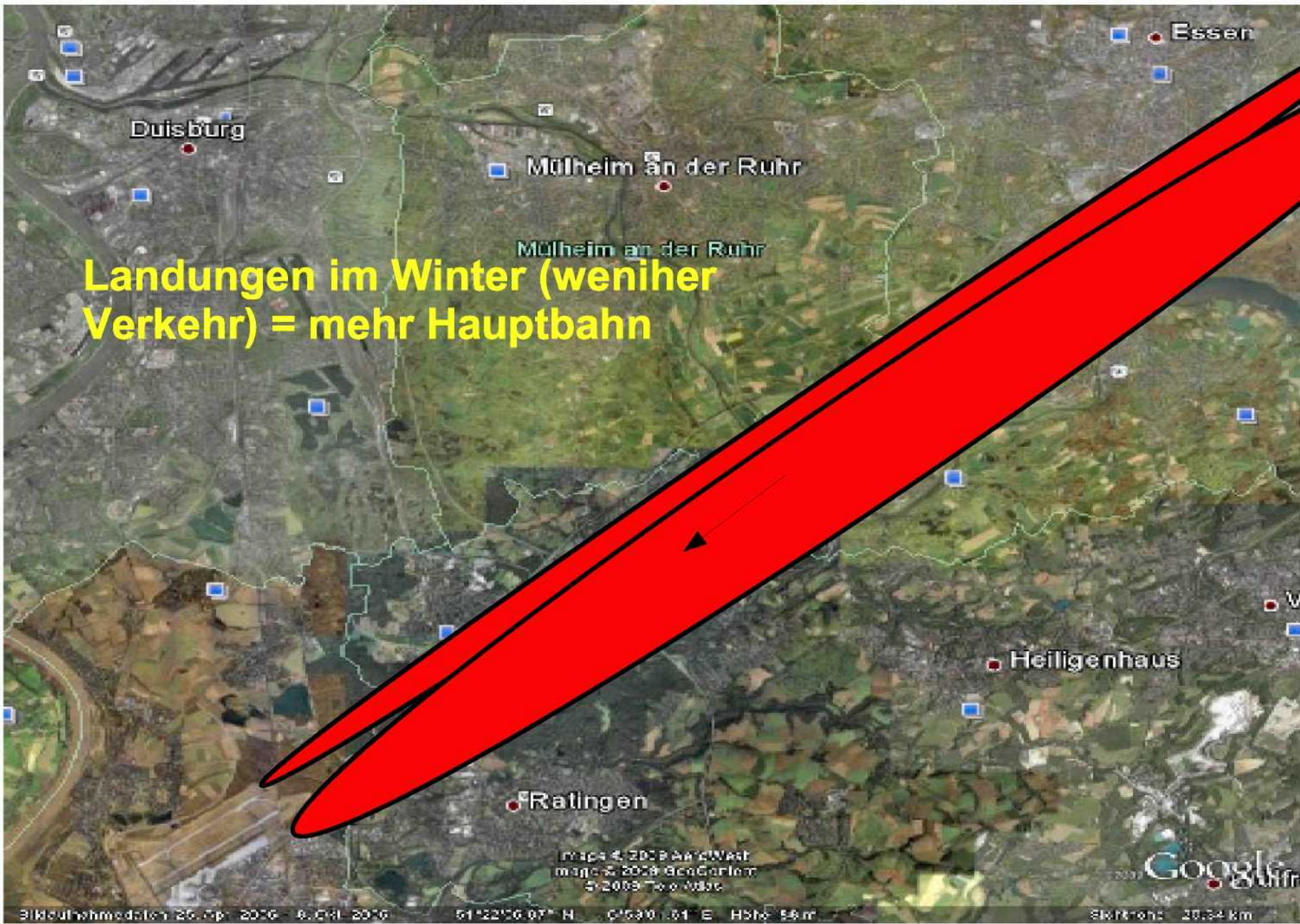
Christoph Lange, der Vorsitzende der Bürger gegen Fluglärm, meint:

„Es ist absolut unverständlich, dass sich die Parteien der Landesregierung nicht den Fragen stellen und nur so eine marode Genehmigung zu verteidigen versuchen. Wir wollen am 20. April in Meerbusch die verkehrspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen und den Landesverkehrsminister befragen und sind sehr gespannt, ob sich dort alle der Diskussion stellen werden. Dass die sechs verkehrsreichsten Monate für die Anwohner unter der Hauptbahn, von Essen bis Kaarst, nicht automatisch die lautesten Monate sein müssen, wie das neue, aber handwerklich schlecht gemachte Fluglärmgesetz unterstellt, das begreift mittlerweile jedes Kind. Warum weder die Gerichte noch die sich hinter den „Urteilen“ verschanzende Landesregierung das wahrhaben wollen, das mag jeder selbst werten. Wir müssen gegen diese Urteile Verfassungsbeschwerden einlegen und gehen notfalls, die Unterstützung der Betroffenen vorausgesetzt, bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.“

Anlage : Charts der Verteilung der Landeanflüge auf Haupt- und Ersatzbahn, aus denen deutlich wird, dass sich im Winter die Lärmbelastung zur Hauptbahn verschiebt. In den Schutzzonenberechnungen sind diese Monate nicht erfasst, also werden die Anwohner um den ihnen zustehenden Schallschutz gebracht.

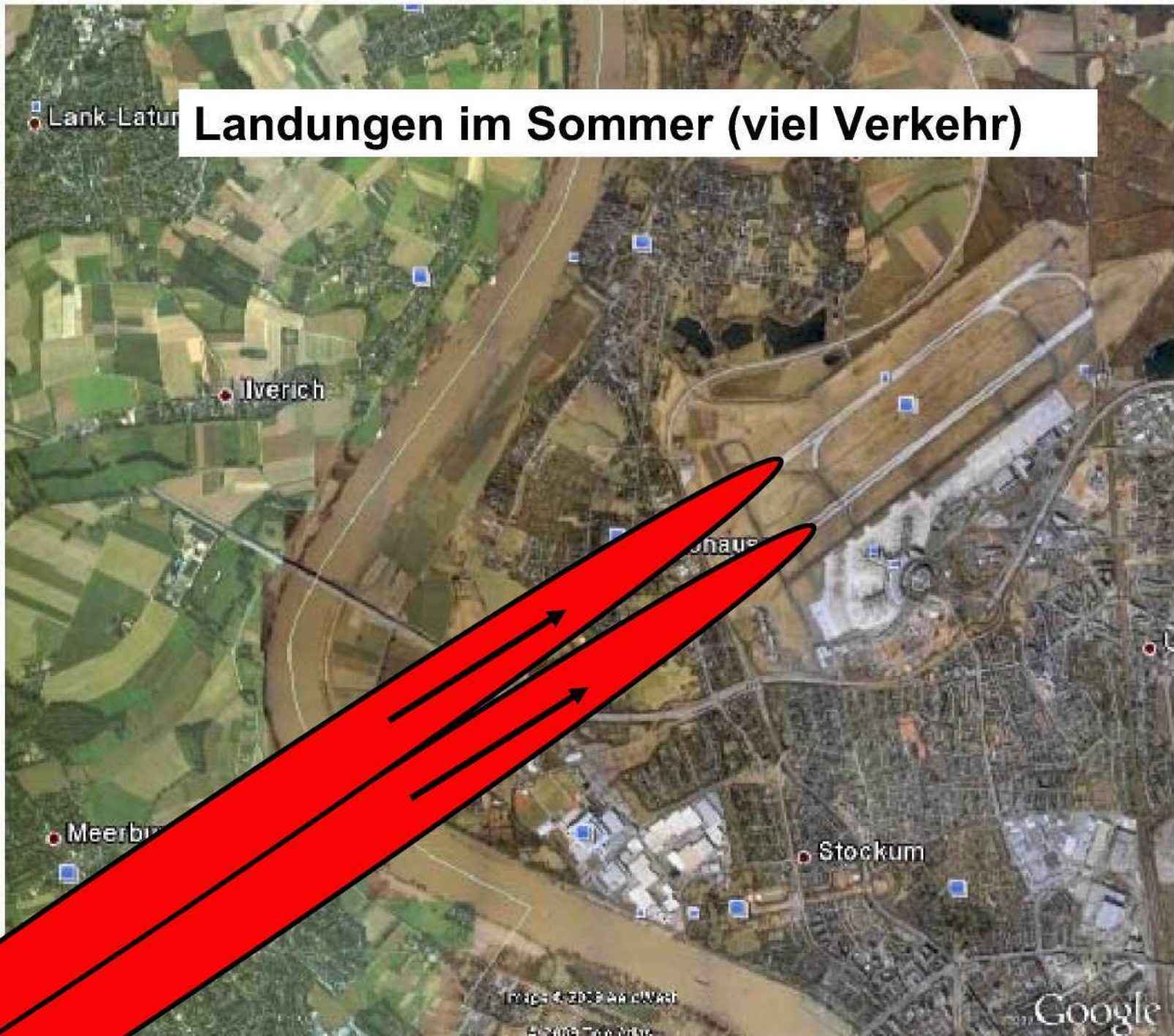
Landungen im Sommer (viel Verkehr) = ca. Gleichverteilung





Landungen im Winter (weniger Verkehr) = mehr Hauptbahn

Landungen im Sommer (viel Verkehr)



Lank-Latur

Iverich

Shaus

Meerbu

Stockum

Landungen im Winter (weniger Verkehr)

